

Mitanand für Koblach kritisiert Befangenheitsprüfung als politisch motiviert und weist unverhältnismäßige Belastung der Gemeinde durch RHESI zurück

Koblach, 28. Januar 2026 – Die Fraktion **Mitanand für Koblach**, nimmt mit großer Besorgnis zur von der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch eingeleiteten Befangenheitsprüfung eines Gemeindevorstellers im Zusammenhang mit der Abstimmung zum Hochwasserschutzprojekt RHESI Stellung.

Aus Sicht der Fraktion handelt es sich dabei um einen demokratiepolitisch höchst bedenklichen Schritt. Eine demokratisch gefasste Entscheidung der Gemeindevorstellung wird gezielt infrage gestellt, weil das Ergebnis politisch offenbar nicht genehm ist.

„Der Eindruck liegt nahe, dass ein klares Nein der Gemeinde nicht akzeptiert wird und nun versucht wird, dieses auf juristischem Weg zu korrigieren“, erklärt Mitanand für Koblach. Eine solche Vorgangsweise greife in die Gemeindeautonomie ein und sende ein fatales Signal an alle Gemeinden im Land.

Mitanand für Koblach hält fest: **Betroffenheit vor Ort ist keine Befangenheit, sondern Grundlage kommunalpolitischer Verantwortung**. Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorsteher handeln im Auftrag der Bevölkerung und vertreten deren Interessen. Die nachträgliche Konstruktion einer Befangenheit wirke wie ein Vorwand, um unliebsame demokratische Entscheidungen auszuhebeln.

Die Fraktion warnt vor einem gefährlichen Präzedenzfall. Wenn Beschlüsse durch Aufsichtsbeschwerden und Prüfverfahren unter Druck gesetzt werden, werde das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Prozesse nachhaltig beschädigt. Akzeptanz für große Infrastrukturprojekte entstehe durch Dialog und transparente Entscheidungsgrundlagen – nicht durch juristische Eskalation.

Im inhaltlichen Kern bekräftigt Mitanand für Koblach die ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt RHESI in seiner derzeitigen Ausgestaltung. Die Fraktion stellt klar, dass **das Gesamtprojekt nicht von den Flächen und Aufweitungen in Koblach abhängt**. Der Hochwasserschutz für das untere Rheintal könne auch ohne die in Koblach vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Aus Sicht von Mitanand für Koblach werden die geplanten Eingriffe in der Gemeinde vor allem zur Erfüllung ökologischer Vorgaben für das Gesamtprojekt herangezogen. **Diese konkreten Nachteile für Koblach stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen.**

Konkret verweist die Fraktion auf den vorgesehenen Verlust von Wald- und Landwirtschaftsflächen, erhebliche Belastungen während der Bauphase sowie langfristige Auswirkungen auf das Trinkwasser aufgrund der Einleitung der ARA-Abwässer unmittelbar vor der Trinkwasserschutzzone. Erschwerend wirkt sich dies auf das Grundwasser, Energiebedarf und die örtliche Infrastruktur aus. Diese Maßnahmen würden die Gemeinde über Jahre hinweg stark belasten, ohne dass daraus einen entsprechend notwendiger Beitrag zum lokalen Hochwasserschutz abgeleitet werden könne.

Mitanand für Koblach betont, dass die Kritik NICHT aus einer grundsätzlichen Ablehnung von Hochwasserschutz entsteht, sondern aus Verantwortung gegenüber der Gemeinde und ihren Bürgerinnen und Bürgern.

„Koblach darf nicht zum ökologischen Ausgleichsraum für ein Gesamtprojekt gemacht werden, dessen Hochwasserschutzwirkung auch ohne die Eingriffe in unserer Gemeinde gewährleistet ist. Demokratische Entscheidungen müssen respektiert werden – politischer oder juristischer Druck darf sie nicht ersetzen“, so die Fraktion abschließend.

Fraktionsobmann Mitanand für Koblach



Philipp Wohlgenannt.